

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

19.1.1922 (No. 16)

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 963
und 964
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 36 A. — Einzelnummer 50 A. — Anzeigengebühr: 30 A. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerbeständen, zwangsweiser Beibehaltung und Kontantvorzahlung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Notstandsmaßnahmen für Renteneempfänger der Invaliden- und Altersversicherung.

Das Reichsarbeitsministerium hat zur Durchführung der Notstandsmaßnahmen für Renteneempfänger aus der Invaliden- und Angehörigenversicherung an das Bad. Arbeitsministerium 21 Millionen überweisen, aus denen den mit der Durchführung betrauten Gemeinden auf Antrag Vorschüsse gegeben werden können.

Reichskanzler Dr. Wirth auf dem Industrie- u. Handelstag.

Unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung traten gestern in Berlin die Vertreter der deutschen Handelskammern zu der 42. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages zusammen. Der Tagung wohnten in großer Zahl Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden bei, an ihrer Spitze Reichskanzler Dr. Wirth, der nach Begrüßung durch den Präsidenten Franz v. Wendelschön sofort das Wort ergriff.

In der gegenwärtigen Zeit — so führte er aus — habe ich das besondere Bedürfnis, in Ihrer Mitte einige Worte zu sprechen. Wir haben mit dem Jahre 1921 ein Jahr der Sorge, Enttäuschung und Betrübnis hinter uns. Es ist das Jahr, in dem die Machtpolitik der Sieger zum Ausdruck kam. Wird das Jahr 1922 die Fortsetzung dieser Politik sein? Wir glauben es nicht. Es ist doch einiges erreicht. Die machtpolitische Atmosphäre ist einer gewissen Verständigungsstimmung gewichen. Es ist möglich, daß immer noch eine Steigerung nach der machtpolitischen Seite eintreten kann. Aber eines ist erzielt: Man beginnt, die Dinge wirtschaftlich zu betrachten, und versucht, das Problem wirtschaftlich zu lösen. Wo man wirtschaftlich spricht, ist das Mächtdiktat hinfällig.

Es war ein weiter Weg von London bis Cannes. Mit Geduld und immer wieder mit Geduld sind wir bis Cannes gekommen und auch hier ist noch einmal ein unliebbarer Aufenthalt eingetreten. Die Konferenz von Genua bedeutet den ersten Versuch nach der großen Weltkatastrophe, mit der deutschen Nation als gleichberechtigtem Faktor am Konferenztisch zu verhandeln. Wenn man uns wieder hingerufen hätte, damit wir — um einen Ausdruck meiner Heimat zu gebrauchen — am Konferenztisch sitzen und auf gelegentliche Fragen Auskunft geben, dann würde die Konferenz überflüssig sein. Nein: zum ersten Male wird Deutschland als gleichberechtigter Faktor eingeladen und das ist ein Fortschritt.

Ihren Beratungen — so fuhr der Reichskanzler fort — wünscht die Reichsregierung vollen Erfolg. Die Regierung weiß, daß sie sich auch kritische Worte gefallen lassen muß, und nimmt das nicht übel. Wir erwarten aber, daß Sie nach echt demokratischen Grundfäden nicht sagen: Regierung hilft sondern daß Sie, die Vertreter des Handels und der Industrie, wie das anderwärts auch schon geschehen ist, versuchen werden, Wege zu finden, wie der Regierung zu helfen ist. Die Theorie ist falsch, daß Staat und Wirtschaft gleichgültig sind. Die Wirtschaft der vergangenen Tage hatte sich immer angelehnt an eine staatliche Autorität. Diese Autorität wieder aufzubauen — das ist das Ziel des neuen Deutschland! Wir haben die große Katastrophe überwunden und hoffen aus dem Chaos herauszukommen und wieder eine staatliche Autorität zu errichten, die auch Ihrer Tätigkeit dienen kann. Ihre Unterstützung erbitten wir besonders in den nächsten Tagen, damit die Regierung als Vertretung des ganzen deutschen Volkes nach außen erscheint. Es gilt nicht bloß eine Gruppe in Genua zu vertreten. Tritt der Staat nach außen auf, so muß im entscheidenden Moment das ganze Volk hinter ihm stehen. Ich begrüße in Ihrer Mitte die Vertreter aus den besetzten Gebieten, insbesondere aus Oberschlesien. Die Randstaatengebiete sind unsere ganz besondere Sorge. Wir sind heute nicht in der Lage, aus einem Füllhorn einen Goldregen auf Sie herabrieseln zu lassen. Aber das können Sie glauben: Den besetzten Gebieten widmen wir unsere ganz besondere Aufmerksamkeit und Sorgfalt! Wir haben große Verluste durch die Weltkatastrophe erlitten, aber eines haben wir erreicht: das ist das Zusammenhalten aller geistigen u. materiellen Kräfte. Der Einheit des materiellen und des politischen Lebens werden wir unsere Kräfte widmen und ich bin überzeugt, daß wir mit Hilfe von Handel und Industrie diese Einheit des deutschen Volkes für alle Zeiten sichern werden. Glückauf!

Rathenaus Rede in Cannes.

In seiner vor dem Obersten Rat am 12. Januar gehaltenen Rede betonte Dr. Rathenau, daß die deutsche Delegation, die ernsthaft bemüht sei, alle gewünschten Auskünfte rückhaltlos und wahrheitsgetreu zu geben, darüber hinaus bereit sei, in dem von ihr geforderten Maß an den Aufgaben dieser Konferenz mitzuarbeiten. In Beantwortung der sich auf den Umfang der von Deutschland zu beweisenden Sach- und Geldleistungen beziehenden Fragen hob Rathenau hervor, daß Deutschland entschlossen ist, mit seinen Leistungen bis zu den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit zu gehen, daß Deutschland jedoch durch den verlorenen Krieg, durch schwere Verluste und durch eine Revolution hindurchgegangen ist. Deutschland empfinde selbst am schwersten die anomalen Zustände seiner Lebensbedingungen und seiner Finanzen, und es wünsche sie zu beseitigen. Es wünsche nicht, den Weltmarkt durch Unterbietungen zu zerrütten. Die beiden Aufgaben, die äußere Leistung und die innere finanzielle Sanierung, vor die Deutschland dadurch gestellt sei, widersprechen einander. Es sei daher schwer zu sagen, daß die und die Zahlung eine ausreichende erträgliche Leistung darstelle, so müsse die Summe gefunden werden, deren Schwere erträglich sei und die zugleich der wirtschaftlichen Lage der empfangsberechtigten Nationen entgegenkomme.

Als Basis seiner Berechnungen wählte Dr. Rathenau die dem Obersten Rat für 1922 genannten Ziffern: 500 Millionen für Reparationen und 1450 Millionen für Sachleistungen einschließlich der äußeren Beschäftigten. Deutschland, ein Land der Lohnarbeit, das Rohstoffe empfangt, sie verarbeitet und die verarbeiteten Erzeugnisse verkauft, und nur unerhebliche eigene Rohstoffe habe, müsse das meiste im Ausland kaufen und für alles bar bezahlen. Es könne nur durch seine Handarbeit zahlen und müsse deshalb eine aktive Handels- und Zahlungsbilanz haben. Die deutsche Zahlungsbilanz aber sei vorbelastet mit einem Einfuhrbedarf von 2 1/2 Milliarden Lebensmitteln und 2 1/2 Milliarden Rohstoffen, und zwar ohne verarbeitete Fabrikate und ohne Luxusartikel. Außerdem seien im Gegensatz gegen früher 1/2 Milliarden Goldmark jährlich an das in Deutschland Kapital bestehende Ausland zu zahlen: 5 1/2 Milliarden Goldmark, denen eine Ausfuhr von nur 3 1/2 bis 4 Milliarden gegenüberstehe! Es bestehe somit ein Passivsaldo der Zahlungsbilanz von 2 Milliarden schon vor der Zahlung irgendwelcher Reparationen.

Auf Befragen Lloyd Georges bestätigte Dr. Rathenau, daß infolge des Standes des Weltinderges auf 1,5 die deutsche Ausfuhr jetzt 14 bis 15 Milliarden Goldmark betragen müßte, wenn sie dem Vorkriegsniveau entspräche. Sie habe sich also auf etwa 1/4 vermindert. Zur Deckung der Defizite der Zahlungsbilanz beständen nur drei Möglichkeiten: Verkauf der Substanz des Landes, große auswärtige Anleihen oder Verkauf der Landeswährung. Den Ausverkauf der Landeswährung wird Deutschland leider nicht hindern können. Die Durchführung einer auswärtigen Anleihe habe Deutschland verjagt, sie sei aber unmöglich gewesen, da nach Meinung der Londoner City die Deutschen auferlegten Lasten zu schwer seien. Demnach sei es unmöglich gewesen, den Verkauf von Umlaufmitteln zu vermeiden, obwohl dadurch das deutsche Geld ein Gegenstand der internationalen Spekulation wurde.

Rathenau hob hervor, daß die Annahme irrig sei, daß der Marktzusatz seit Mitte 1921 nur die Folge der Inflation und des Gebrauches der Notenpresse in Deutschland gewesen sei. Dann hätte der Sturz nicht so plötzlich und in ganz kurzer Zeit eintreten können. Auch habe der Kurs sich erheblich gebessert, als sich wieder etwas Klar an dem Himmel gezeigt habe, nämlich die Nachrichten über die ersten Besprechungen zwischen der britischen und französischen Regierung über die Regelung der deutschen Verbindlichkeiten für 1922. Solange die Währung eines Staates auf dem internationalen Markt aus dem Gleichgewicht gekommen sei, sei es unmöglich, irgendein Budget auf bestimmte Zeit mit Sicherheit in Ordnung zu bringen.

Rathenau betonte, daß in diesem Augenblick das deutsche Budget für 1922 in Ordnung sei. Es enthalte sogar gewisse Überschüsse, dabei sei aber von Reparationen abgesehen. Jeder neue Marktzusatz, jede neue innere Preiserhöhung aber werde dieses Budget gefährden. Eine als Abhilfsmittel zunächst denkbare Reduktion im Verbrauch sei kaum erreichbar, da die Mittelschichten und die Arbeiter weit unter dem Stande der Vorkriegszeit leben. Es könne sich also nur um die Steigerung der Produktion und die Vermehrung der Ausfuhr handeln. Eine derartige Vermehrung sei aber schwer, weil sich andere Völker dagegen wehren. Es bleibe nur ein Mittel, die landwirtschaftliche Produktion zu heben, aber das erfordere Zeit bei den infolge des Krieges verschlechterten Bedingungen.

Bzüglich der auf Deutschland ruhenden Lasten wies Rathenau darauf hin, daß für 1922 das Budget 65 Milliarden ausschließlich der Reparationen und sonstigen Friedensvertragsleistungen beträgt. Um dies zu balancieren, sei es nötig gewesen, die Steuern um nahezu zu verdoppeln. Er stelle unter Beweis, daß der Deutsche fernerehin eine schwerere Last trägt, als der Bewohner irgend eines anderen Landes insbesondere der Engländer oder Franzose. Um den Staatsaushalt zu konstatieren, werde es sich zunächst darum handeln, die Reichsbetriebe zu sanctionieren. Eisenbahnen, Post und Telegraphen. Es seien Maßnahmen ergriffen worden, um 1922 dies zu erreichen. Ferner handele es sich um die Befreiung der bisher zur Beschäftigung der Lebensmittel und der aus sozialen Gründen gegebenen Subsidien, die allmählich abgebaut werden würden. Der für das deutsche

Budget wichtige Kohlenpreis näherte sich sehr rasch dem Weltmarktpreis und werde ihn bei weiterer Ermäßigung des Dollars überschreiten. Unter Zugrundelegung der bereits erwähnten 500 Millionen Goldmarkszahlung und Sachleistungen von 1450 Millionen Goldmark für 1922, wozu noch die inneren Kosten des Friedensvertrages kämen, kam Rathenau zu einer Summe von 195,5 Milliarden Papiermark, die zusätzlich zu dem Budget von 1922 mit seinen 85 Milliarden Papiermark kämen, wodurch das Budget eine etwa 150 Prozent neue Belastung erfahren würde, so daß es sich auf 215,5 Milliarden Papiermark belaufen würde. Zur Herstellung der Bilanz gab es nur zwei Mittel, nämlich die Verdoppelung oder Verdreifachung der Steuern oder eine riesenanleihe. Da Deutschland schwerer als seine Nachbarn belastet ist, sei es ihm unmöglich, nochmals seine Steuern zu verdoppeln. Eine sehr große Anleihe wird man im Ausland nicht machen können. Die Londoner City habe sich schon geweigert, den sehr viel kleineren Betrag für die Januar- und Februarzahlungen durch Anleihen zu finanzieren. Eine innere Anleihe werde sehr ernsthaft erörtert werden, sei aber gegenwärtig kaum möglich, da die notwendigen Reichsmittel zur Unterbringung der Anleihe in nach nur annäherndem Umfang wie erforderlich, nicht gefunden werden können.

Zur Entfrachtung des immer wieder auftauchenden Vorwurfs, daß Deutschland infolge seiner großen landwirtschaftlichen und industriellen Bevölkerung, die voll beschäftigt sei, imstande sein müßte, die Zahlungen zu leisten, wies Rathenau darauf hin, daß Deutschland keine Ersparnisse, keine nationalen Savings habe. Es fehlen Deutschland die Reserven aus den Anlagen im Ausland. Dazu komme der Verlust an Gebiet und Bevölkerung und dann der Ausfuhr und der Ausfuhrerträge und Verlust eines großen Teiles der Rohstoffe. Die Tatsache, daß gerade die landwirtschaftlichen Überschußgebiete verloren sind und daß sich die landwirtschaftliche Bevölkerung mehr verminderte als die Gesamtbevölkerung, schließlich die Ermäßigung der Dienste und ihres Ertrages, die Deutschland durch die Schifffahrt, den Außenhandel und den Bankverkehr in das Ausland leistete. Auf Grund dieser Faktoren bestesse im Gegensatz zu einem Überschuß einer nationalen Ersparnis von 6 Milliarden Goldmark vor dem Kriege jetzt ein Defizit von 1-2 Milliarden jährlich. So gehe sich Deutschland allmählich auf. Es lebe von seiner eigenen Substanz.

Rathenau schloß: Man hat uns endlich gefragt, ob wir mitarbeiten wollen an dem Wiederaufbau Europas. Deutschland würdigt die hohe Wichtigkeit dieser Aufgabe und ihren Zusammenhang mit der Lage der Weltwirtschaft. Es ist zwar nicht in der Lage dem Weltmarkt, der Welt Mittel im Ausmaß reicherer Staaten zur Verfügung zu stellen, immerhin ist Deutschland unter bestimmten Bedingungen in der Lage, den ihm zugeordneten Teil zu übernehmen. Deutschland ist umso mehr geeignet, am Wiederaufbau teilzunehmen, als es mit der technischen und wirtschaftlichen Bedingung und den Gepflogenheiten des Ostens vertraut ist. Der Weg, auf den man sich begeben will, erscheint mir richtig, ein internationales Syndikat und zwar ein Privatsyndikat. Deutschland glaubt, daß man die Frage des Wiederaufbaues beginnen sollte mit der Wiederherstellung des Verkehrs und der Verkehrsmittel. Man muß sodann an die Quellen der Produkte vordringen und vor allem die bestehenden Unternehmen wieder neu begeben. Deutschland glaubt, daß es an der Entwicklung des Ostens und der Mitte umso mehr Anteil zu nehmen berechtigt sei, wegen seiner Haltung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung, gerade diesem östlichen Europa gegenüber. In dem Augenblicke, als Deutschland fast am Ende seiner Kräfte war, nach dem Krieg und nach dem Wiederbruch der Revolution hat Deutschland doch einer staatlichen und sozialen Desorganisation widerstanden. Hätte diese Desorganisation in Deutschland triumphiert, so wäre sie eine entscheidende Gefahr für die ganze Welt geworden. Deshalb glaubt Deutschland sich nicht nur nach Kräften der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete des Westens, sondern auch mit Rücksicht auf die geographische Lage und Kenntnis nachbarlicher Verhältnisse zur Wiederherstellung von Ost- und Zentraluropa widmen zu sollen und somit an der Aufgabe teilzunehmen, die die Großmächte sich im Verein mit diesen Gebieten stellten.

Politische Neuigkeiten.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags.

Berichtete gestern vormittag zunächst Dr. Rathenau als Kommissar der Regierung ausführlich über seinen Londoner und Pariser Aufenthalt, sowie über die Verhandlungen in Cannes. Seine Ausführungen waren vertraulich. Hieran schloß sich eine Diskussion.

Nachdem noch der Reichskanzler und der Abg. Helfferich über die Verhandlungen in Cannes gesprochen hatten, nahm am Nachmittag Abg. Stinnes (Deutsche Volkspartei) das Wort, worauf in ausführlicher Rede Dr. Rathenau entgegnete. Auch Reichskanzler Dr. Wirth war nachmittags anwesend; er sprach jedoch nicht und verließ die Sitzung nach Anhörung der Ausführungen des Abg. Breitfeld (U.S.P.). Ferner sprachen noch die Abg. Gothein (Dem.), Dr. Heim (Bayr. Volk.) und Dr. Helfferich (D.R.). Den Schluß bildeten weitere Darlegungen von Dr. Rathenau. Die Verhandlungen werden bei Gelegenheit der Erörterung über die bevorstehende Konferenz von Genua im Auswärtigen Ausschuss demnächst fortgeführt werden.

Mit einer Beilage: Offizielle Gewinnliste der Baden-Badener Geld-Lotterie.

Die Konferenz von Genua.

Durch abratende amerikanische Stimmen beunruhigt, beschwört die „Tribuna“ in ihrem Leitartikel die Vereinigten Staaten, an der Konferenz von Genua teilzunehmen. Außer den Friedensinteressen sei auch das Prestige Italiens engagiert, das die Konferenz vor der ganzen Welt einberufen habe. Amerikas Fernbleiben würde die andern Teilnehmer abkühlen, den Erfolg der Konferenz beeinträchtigen und Amerika selbst schädigen, welches am europäischen Markt stark interessiert sei.

„Daily Mail“ berichtet, daß zwischen der britischen und französischen Regierung Verhandlungen zwecks Festsetzung des Programms der Konferenz von Genua im Gange sind. Der Plan zur Verabredung der deutschen Wiederherstellungsschuld, der auf der Konferenz einen hervorragenden Raum einnehmen werde, werde eine Art von Vereinbarung zwischen Großbritannien und Frankreich sein, in der England etwa ein Drittel der französischen Schuld von 570 Millionen Pfund Sterling streicht unter der Bedingung, daß Frankreich Deutschland eine gleiche Wiederherstellungssumme erläßt. — Man erwartet, daß der amerikanische Botschafter Harvey an der Konferenz von Genua als Beobachter teilnehmen wird.

Telegrammwechsel zwischen Poincaré und Lloyd Georges.

Sowas zufolge hat Poincaré an die Ministerpräsidenten der alliierten Regierungen Begrüßungstelegramme geschickt. Das Telegramm an Lloyd George hat folgenden Wortlaut: Ich lege Wert darauf, Ihnen im Namen der französischen Regierung die Versicherungen, die ich im Laufe unserer freundschaftlichen Besprechungen am Samstag aus eigenem Antrieb und persönlich gemacht habe, zu erneuern. Frankreich wird sich bemühen, die Prüfung der verschiedenen Fragen, die gegenwärtig zwischen England und ihm schweben, in freundschaftlichem Geist wieder aufzunehmen. Ich hege die Hoffnung, daß es uns gelingen wird, sie durch gegenseitiges Vertrauen zum Besten der Interessen unserer beiden Länder zu lösen. Die französische Regierung ist überzeugt, daß es den beiden Völkern, die auf den Schlachtfeldern für ein und dieselbe Sache so eng vereint gekämpft haben, gelingen wird, in gemeinsamem Einvernehmen unter Aufrechterhaltung des europäischen Friedens die Durchführung der Verträge, die sie unterzeichnet haben, und die Reparationen für die durch die Invasion verursachten Schäden sicherzustellen.

Lloyd George sandte folgendes Antworttelegramm: Mit großer Befriedigung haben meine Kollegen und ich Ihre im Namen der neuen französischen Regierung abgegebene freundschaftliche Versicherung entgegengenommen, die bei unserer persönlichen Aussprache am letzten Samstag ausgetauscht wurden. Die britische Regierung hat in einem vor kurzem veröffentlichten Dokument die Politik enger Zusammenarbeit, die sie mit Frankreich aufrecht zu erhalten wünscht, in großen Linien dargelegt, so daß jede Wiederholung ihrer Ansichten an dieser Stelle sich erübrigt. Es mag genügen, zu sagen, daß wir die Sicherheit des französischen Gebiets gegen einen deutschen Angriff, die Bezahlung der Reparationen für seine zerstörten Gebiete, die geschuldeten Reparationen und die Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Versailler Vertrages als gemeinsame Interessen des französischen und britischen Volkes betrachten, die beide Staaten gemeinsam verteidigen müssen. Wir wünschen lebhaft und sind glücklich, festzustellen, daß Sie denselben Wunsch hegen, die unerledigten Probleme in der Weise zu regeln, daß das enge Einvernehmen zwischen Ihrem Volke und dem unsrigen durch nichts getrennt werden kann, und daß der Geist der Kameradschaft, der zwischen uns in Kriegsjahren geherrscht hat, uns weiter befeuert bei den hohen Aufgaben, die darin bestehen, die Völker Europas durch einen gerechten und dauerhaften Friedenspakt zur Einigung zu bringen.

Amerika und die europäischen Schulden.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wird halbamtlich bekannt, daß bereits eine der europäischen Nationen die Vereinigten Staaten davon in Kenntnis gesetzt habe, daß sie nicht imstande sein werde, die im April fälligen Binszahlungen für ihre Schuldenverpflichtungen aus dem Kriege zu zahlen. Der Senatsausschuß für die Finanzen hat den Vorschlag, die Schulden der Alliierten zu konsolidieren, gebilligt. Der Senat beschloß eine Resolution, in der vom Staatsdepartement alle möglichen Auskünfte über die finanzielle Lage der europäischen Regierungen verlangt werden, insbesondere über ihre militärischen Aufgaben.

Was die Technik Neues bringt.

Von Dipl.-Ing. R. Muegg.

(Nachdruck verboten.)

Fortschritte in der Messung der Meerestiefe auf akustischem Wege. — Die erste Kraftübertragungsanlage mit 220 000 Volt Fernleitungsspannung. — Die elektrische Energie des Blitzstrahls. — Eisenbahnwaggons für 110 Tonnen Ladegewicht. — Der internationale Flugzeug-Verkehrsplan. — Rost- und säurebeständiger Stahl.

Die Messung der Meerestiefe ist für die Schifffahrt von großer Bedeutung und wird nicht nur ausgeführt, um das Schiff in unbekanntem Gewässer vor dem Ausfahren auf seichte Stellen zu bewahren, sondern um auch an Hand einer Seelarte die Lage zu bestimmen, falls Beobachtungen des Sternhimmels oder Winkelmessungen nicht möglich sind. Nun ist das bisherige Verfahren der Tiefenermittlung durch Loten nicht gerade einfach; beim Vorhandensein großer Tiefen muß zudem das Schiff halten; die Zeit, welche erforderlich ist, um das Lot herabzulassen und wieder hoch zu winden, beläuft sich beispielsweise bei 3000 bis 4000 Meter Tiefe auf etwa eine Stunde usw. Man hatte daher schon vor Jahren daran gedacht, die leichte Ausbreitungsfähigkeit des Schalles unter Wasser zu verwenden und die Tiefe dadurch zu ermitteln, daß man die Zeit bestimmt, die ein unterhalb des Schiffes erzeugter Knall braucht, um zunächst auf den Meeresboden und von dort durch Reflexion wieder nach oben zu gelangen; allein die diesbezüglichen Versuche lieferten zunächst keine praktischen Ergebnisse. Um das Jahr 1919 begann die französische Marine diese Frage näher zu studieren, und sie hat heute, wie verlautet, sehr ermutigende Resultate erzielt. Die Schallwellen breiten sich bekanntlich unter Wasser mit einer Geschwindigkeit von 1500 Meter in der Sekunde aus; will man daher mit einiger Genauigkeit Tiefenmessungen ausführen, so muß man den kurzen Zeitintervall, der zwischen der Entstehung des Knalls und der Ankunft des Schalls vom Meeresgrunde liegt, sehr scharf bestimmen können. Soll die Tiefe auf einen Meter genau festgestellt werden, so muß man noch tausendstel Sekunden messen können. Es ist hierzu unumgänglich notwendig, automatisch registrierende Instrumente zu besitzen. Bei den ersten Versuchen wurde der Schall durch Abfeuern

Die neuen Richtlinien der Zentrumspartei

stellen an die Spitze den Satz, daß die Zentrumspartei die christliche Volkspartei sei, die bemüht zur deutschen Volksgemeinschaft stehe, fest entschlossen, die Grundsätze des Christentums in Staat und Gesellschaft, in Wirtschaft und Kultur zu verwirklichen. Die Partei erblicke in einer zielklaren christlich-nationalen Politik die sichere Gewähr für die Erneuerung und die Zukunft des deutschen Volkes. Sie strebe die Wiedergewinnung der Weltgeltung Deutschlands an, aber nicht auf dem Boden des eigensüchtigen Machtgedankens, sondern geleitet von der sittlichen Idee des Rechtes. Die christliche Volksgemeinschaft gilt der Zentrumspartei als höchstes Ideal der Weltpolitik. Die Partei bekennet sich als Verfassungskonsequente und lehnt jede Verneinung des Staatsgedankens und jeden gewaltsamen Umsturz ab. Sie bekennet sich zum deutschen Volkstaat, der die Herrschaft einer Klasse oder Rasse und verlangt die verantwortliche Anteilnahme aller Bürger an den Aufgaben des Staates. „Die Reichseinheit“, so heißt es weiter, „die begründet ist in der Kulturgemeinschaft und Schicksalsverbundenheit der deutschen Stämme, gilt der Zentrumspartei als unerschütterlich. Im Rahmen der Reichseinheit ist das Eigenleben der Länder zu schützen und zu pflegen.“ Als Endziel der Wirtschaft und somit der Wirtschaftspolitik bezeichnet das Programm den Menschen und seine höheren Lebensaufgaben. Die Wirtschaftsordnung müsse deshalb vom Gemeinwohl getragen sein und das Gesamtwohl über den Vorteil des einzelnen stellen. Neben einer zunehmenden Steigerung der Gütererzeugung wird eine gerechte Güterverteilung verlangt und weiterhin planvolle Fortführung der staatlichen Sozialpolitik. Als Ziel der deutschen Kulturpolitik nennen die Richtlinien die Erneuerung und Festigung der christlich-sittlichen Volksgemeinschaft. Die Zentrumspartei betrachtet es als ihre besondere Aufgabe, „unter Wahrung der verfassungsmäßigen Gewissensfreiheit, Religionsfreiheit und Unterrichtsfreiheit das christlich-deutsche Geisteserbe zu schützen und die freie Auswirkung der religiösen Geisteskräfte zu sichern.“ Zum Schluß faßt das Programm die Leitgedanken der Zentrumspartei folgendermaßen zusammen: „Nationale Freiheit und Erneuerung; christliche Staatsauffassung; Volkstaat und Reichseinheit unter Wahrung des Eigenlebens der Länder; sittliche und soziale Wirtschaftsordnung; christlich-deutsche Volkskultur; christliche Volksgemeinschaft.“ Die Stellungnahme des Zentrums zu den Aufgaben der praktischen Politik wird dann H. „Hr. Jg.“ ausführlich in einer Reihe von Leitfäden festgelegt. Sie gliedern sich in Leitfäden zur auswärtigen Politik, für Staatsordnung und Verwaltung, für Finanzwesen und Steuern, für Wirtschaft und Arbeit, für Volkswohlfahrt und Kultur.

Die Erhöhung der Bahntarife.

In der Sitzung des Reichsrates in Frankfurt a. M. am 10. Januar d. J. wurde die Vorlage des Reichsverkehrsministers über die Umgestaltung der Eisenbahngüter- und Tierarttarife eingehend behandelt und eine Entschließung angenommen, in der zum Schluß folgende Anträge gestellt werden: 1. daß der Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen nicht durch Tarifierhöhungen, sondern auch durch wirtschaftliche und organisatorische Maßnahmen in der Verwaltung und im Betriebe angestrebt werden; 2. daß möglichst gleichzeitig mit dem am 1. Februar 1922 zur Einführung gelangenden neuen Tarife für die Wasserstraßenschiffe ausgleichende Tarife geschaffen werden; 3. daß dem Sammelabgabendienste verstärkte Aufmerksamkeit zugewandt werde und 4. daß möglichst bald feste Lieferfristen wieder eingeführt werden.

Der Ertrag der letzten Getreideernte.

Wie eine Korrespondenz von unterrichteter Seite erfährt, beläuft sich die Getreideernte 1921 an Roggen und Weizen auf 9 589 647 Tonnen, an Gerste auf 1 935 995 Tonnen, zusammen 11 525 642 Tonnen. Dadurch sind durch das Umlageverfahren 2 500 000 Tonnen erzielt, was ein Fünftel ausmacht. Eingegangen sind bisher aus dem Umlageverfahren allerdings nur 1 800 000 Tonnen, was 72 Prozent ausmacht. Die Erzeugung an Hafer betrug 5 004 983 Tonnen, an Kartoffeln 26 151 380 Tonnen.

Der Reichsjustizminister über Ludendorff

Der Reichsminister der Justiz beantwortete eine Anfrage der Unabhängigen über die Beteiligung Ludendorffs am Kapp-Putsch auf Grund der Ergebnisse des Leipziger Prozesses folgendermaßen:

„Nach seinen Angaben ist General Ludendorff im Laufe des Jahres 1919 und später verschiedene Male mit Kapp und

v. Lüttich zusammengetroffen. Bei diesen Zusammenkünften soll sowohl über die Volksgewaltentat für Döberitz und deren Abwehr durch Gründung einer Einwohnerwehr gesprochen, als auch die Frage erörtert worden sein, wie dem Versuch einer gewaltsamen Durchführung der im Friedensvertrag geforderten Auslieferung Deutscher an die Entente zur Aburteilung wegen Kriegsverbrechens nötigenfalls mit Gewalt Widerstand zu leisten sei.

In der gleichen Zeit unterhielt General Ludendorff enge Beziehungen zu Oberst Bauer, Major Rast und Schriftsteller Schmücker, die damals maßgebenden Einfluß in der „Nationalen Vereinigung“ ausübten. Die Nationalvereinigung verfolgte nach einem in der Hauptverhandlung gegen von Jagow durch General Ludendorff vorgelegten Umrud, den Zweck, die national gesinnten Kreise zur Abwehr der bolschewistisch-kommunistischen Gefahren zusammenzuschließen. Die Mehrzahl ihrer Mitglieder verwarf den Putschgedanken. Es bestand aber ein engerer Kreis, dessen Streben auf gewaltsamen Umsturz gerichtet war. Die Seele dieses Kreises war Oberst Bauer.

Für die Kenntnis der Beziehungen General Ludendorffs zu den Kreisen, die an dem Kappischen Unternehmen beteiligt waren, sind neben den eigenen Angaben Ludendorffs von Bedeutung zwei Briefe, die in der Hauptverhandlung gegen v. Jagow und Gen. zur Verlesung gelangten.

Der eine ist von dem Direktor des Kommerschen Landbundes v. Dewitz Anfang März 1920 an General Ludendorff gerichtet worden, aber nicht in die Hände des Adressaten gelang. In ihm ist die Rede von Vorbereitungen der Kommunistischen Partei und im Zusammenhang damit von Berliner Vorbereitungen; es wird eine Besprechung in der Vitoriastraße 20 erwähnt, über die Mitteilungen in unbetrieiligt und unzuverlässige Kreise gelangt seien; es wird mitgeteilt, daß sich Kapp über ein Loschlagen im März unvorsichtig geäußert habe, und es wird endlich ausgesprochen, daß General Ludendorff „von jeder Verquickung mit derartigen Angelegenheiten für den Fall des Zugriffs der Regierung bewahrt bleiben müsse“, damit er seinen Einfluß „gleichgültig, ob es im entscheidenden Augenblick offiziell oder hinter den Kulissen ausgeübt werde“, uneingeschränkt behalte.

v. Dewitz hat bei seiner Vernehmung in der Hauptverhandlung gegen v. Jagow seinen Brief dahin ausgelegt, daß unter den darin erwähnten Vorbereitungen eines Berliner Kreises Vorbereitungen zu einem Gesanglich für den Fall eines erwarteten kommunistischen Losschlages zu verstehen seien.

Der zweite Brief ist gleichfalls an General Ludendorff gerichtet und hat den schlichten Schriftsteller Trebitsch-Lincoln zum Verfasser. Er ist vom 17. März 1920 datiert. General Ludendorff wird darin beschworen, die Sache Kapp, von der er gewußt, und die er gebilligt habe, nicht im Stich zu lassen.

Über die Beziehungen, die General Ludendorff nach Ausbruch des hochverräterischen Unternehmens zu dessen Vertretern unterhalten hat, hat die Hauptverhandlung gegen v. Jagow und Genossen ergeben, daß General Ludendorff am 18. März, vormittags 6 Uhr, am Brandenburger Tor erschienen ist, um dort das Anrücken der Marinebrigade zu beobachten, daß er später aus freien Stücken Kapp in der Reichskanzlei aufgesucht hat, und daß er demnach auf Wunsch Kapps bei mehreren sogenannten Kabinettsitzungen zugegen war, ohne persönlich in den Gang der Verhandlungen einzugreifen.

Bei diesem Sachverhalt ergibt sich der Eindruck, daß General Ludendorff über die politischen Anschauungen und Ziele der am Kapp-Putsch hauptsächlich Beteiligten im allgemeinen unterrichtet gewesen ist und das Unternehmen selbst mit höchstem Interesse begleitet hat. Andererseits deutet der Brief des Direktors von Dewitz darauf hin, daß General Ludendorff „von jeder Verquickung mit derartigen Angelegenheiten für den Fall des Zugriffs der Regierung bewahrt bleiben“ sollte, damit sein Einfluß, „gleichgültig, ob er im entscheidenden Augenblick offiziell oder hinter den Kulissen ausgeübt werde“, dann ungemindert einsehen könnte.

Es scheint die Absicht der Führer des hochverräterischen Unternehmens gewesen zu sein, bis zum „entscheidenden Augenblick“ zu vermeiden, daß die Anteilnahme des Generals Ludendorff zu einer tätigen Mitwirkung werde. Diese Absicht ist, soweit es sich nach dem Beweisergebnis übersehen läßt, erreicht worden.

Der Oberreichsanwalt hat unter Würdigung dieser Umstände die Frage, ob ein ausreichender Verdacht für eine strafbare Beteiligung des Generals Ludendorff an dem Kappischen Unternehmen gegeben sei, verneint und betont, daß jedenfalls kein Anhalt dafür bestehe, daß er sich als Urheber oder Führer im Sinne des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 4. August 1920 betätigt habe. Ich trete der letzteren Auffassung bei. gez. Dr. Rabbrück.“

eines Gewehrs erzeugt. Die Waffe wurde vollständig unter Wasser getaucht und der Lauf genügend verfürzt, damit er wegen der Anfüllung mit Wasser nicht bersten konnte. Ein gewöhnlicher Gewehrschuß ermöglichte die Messung bis zu 1000 Meter Tiefe; stärkere Pulverladungen, bis zu 25 Gramm, waren notwendig bei sehr großen Tiefen. Neuerdings wird ein besonderer Apparat verwendet, der dauernd einen kräftigen, hohen Ton erzeugt. Die Messung der Meerestiefe auf akustischem Wege hat zweifellos eine Zukunft, denn es dürfte sich leicht gelingen, die bereits vorhandenen Einrichtungen noch weiter zu verbessern, neue Schallquellen von noch durchdringenderem Ton ausfindig zu machen, neue verbesserte Verfahren der Zeitmessung zu erfinden und die heute noch etwas komplizierten Apparate zu vereinfachen. Es ist wohl keine Überreibung, wenn heute schon vorausgesetzt wird, daß eines Tages auf der Kommandobrücke aller Schiffe neben dem Barometer, das dem Kapitän das Herannahen eines Unwetters meldet, auch akustische Tiefen-Messapparate vorhanden sein werden, welche angeben, wenn Gefahr im Verzug ist, und es ferner ermöglichen, die Fahrt des Schiffes auf der See-Route genau zu verfolgen.

In den Anfangsjahren der elektrischen Kraftübertragung betrug die Spannung in der Fernleitung nur wenige Tausend Volt; sehr bald jedoch ging man zu höheren und immer höheren Spannungen über, und als in den Vereinigten Staaten die erste Anlage mit 100 000 Volt Übertragungsspannung dem Betriebe übergeben wurde, glaubte man an der Grenze des technisch Möglichen angelangt zu sein. In der Folgezeit wurden Werke dieser Art auch in Europa errichtet, Amerika führte dann Anlagen mit 150 000 Volt aus, und jetzt wird neuestens in Kalifornien mit dem Bau eines Kraftübertragungssystems für 220 000 Volt begonnen. Kalifornien ist ein Land, das über große Wasserkraft-energieverfügung verfügt, und um nun einen wirtschaftlichen Betrieb zu ermöglichen, hat sich die Notwendigkeit ergeben, die Leistungsstärke aller dieser Kraftstationen unter sich zu verbinden, damit ein praktisch unbegrenzter Energieausgleich erreicht wird. Man hat ausgerechnet, daß bereits im Jahre 1926 das ganze Land einen Bedarf von über 1 Million Kilowatt haben wird. Nun lassen sich solche ungeheuren Leistungen in wirtschaftlicher Weise nur aufbringen, wenn man sehr große Ma-

schineneinheiten benutzt, und diese wiederum erfordern Fernleitungen mit der höchsten überhaupt erreichbaren Spannung. Man kam unter diesen Umständen dazu, 220 000 Volt als die wirtschaftlichste Spannung zu wählen. Vorversuche, die schon seit längerer Zeit in dieser Richtung durchgeführt wurden, haben gezeigt, daß bei solchen hohen Spannungen die sogenannten Korona-Verluste, d. h. die Verluste, durch Glimmentladungen zwischen den Fernleitungsdrähten, doch nicht so stark in die Erscheinung treten, um die Kraftübertragung unwirtschaftlich zu machen; sie betragen bei schönem Wetter nur etwa 0,4 Prozent der übertragenen Leistung, bei Regen etwa 8 Prozent. Auch die Frage, nach der Beschaffung hinreichend betriebssicherer Isolatoren und Hochspannungsisolator ist völlig geklärt.

Ein Blitzstrahl zeigt sich, sobald die elektrische Spannung zwischen Wolke und Erde oder Wolke und Wolke so zugenommen hat, daß der Widerstand der dazwischen liegenden Luftstrecke überwunden werden kann. Vielfach ist die Ansicht verbreitet, daß beim Niedergehen eines Blitzes ganz gewaltige Energiemengen in Betracht kommen müßten. Dies trifft jedoch, wie der bekannte Elektrotechniker Dr. Steinmetz kürzlich in einem Vortrage ausführte, keinesfalls zu. Nach vorzüglichen Schätzungen dürfte der Spannungsunterschied zwischen Wolke und Erde oder zwischen den beiden Punkten der Entladung in den Wolken nicht unter 5 000 000 Volt betragen; die Stromstärke des Blitzstrahls kann zu 10 000 Ampere angegeben werden. Die erwähnten Werte sind Mittelwerte und können in besonderen Fällen noch weit übertroffen werden. Allein trotz dieser ungeheuren Spannung und Stromstärke ist die tatsächliche vom Blitz herabgebrachte elektrische Arbeit verhältnismäßig klein, wegen der außerordentlich kurzen Zeitdauer des Niedergehens. Dr. Steinmetz schätzt den Betrag an elektrischer Arbeit auf etwa 50 000 Kilowattsekunden oder weniger als 15 Kilowattstunden. Kömte man daher die elektrische Energie des Blitzstrahles auffangen und unter den günstigsten Verhältnissen nutzbar anwenden, so hätte sie, einen Tarif von 2 M. für die Kilowattstunde zugrundegelegt, höchstens einen Wert von 30 M. Dr. Steinmetz weist darauf hin, daß man für gewöhnlich den Einbruch habe, als würde der Blitz etwa eine Zehntel Sekunde andauern, allein man vergißt dabei, daß der grelle Blitz einige Zeit im

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

Die politische Aussprache

Am 24. d. M. um 10 Uhr nachm. ihren Anfang am nächsten Dienstag, 24. d. M. Der Landtagspräsident Wittenmann hat die Tagesordnung für diese Plenarsitzung wie folgt festgesetzt:

1. Wahl der Mitglieder zum Finanzgericht.
2. Politische Aussprache, eingeleitet durch Reden des Staatspräsidenten und des Finanzministers.

Zu Punkt 1 ist zu bemerken, daß der Landtag zu dem Finanzgericht 40 Mitglieder zu stellen hat; sie gehen aus den einzelnen Fraktionen hervor, diese machen dem Präsidenten die entsprechenden Vorschläge.

Beim 2. Punkt wird voraussichtlich Staatspräsident Dr. Hummel die politische Lage in Baden einer Betrachtung unterziehen, während Finanzminister Köhler die Finanzverhältnisse unseres Landes des näheren darlegen wird. Hieran schließen sich die Reden der Vertreter der im Landtage vertretenen Parteien an. Diese werden mehrere Tage in Anspruch nehmen, denn man hat bekanntlich seit den Oktoberwahlen des vorigen Jahres mit acht Parteien zu tun. Die in den Landtag neu eingezogenen Parteien: der Landbund, die deutschliberale Volkspartei, die Unabhängigen und die Kommunisten werden vor allem Wert darauf legen, zum erstenmal nach den Wahlen zur breiten Öffentlichkeit zu sprechen. So dürfte wahrscheinlich die politische Aussprache im neuen Landtag sich sehr interessant und politisch belehrend gestalten.

Wegen erheblichen Rückgangs des Erpreßgutverkehrs

werden die Stadtmannschaften in Mannheim, Karlsruhe und Freiburg aus wirtschaftlichen Gründen auf 1. Februar d. J. geschlossen.

Lohnkampf in der Holzindustrie.

DZ. Aus Karlsruhe wird uns berichtet: Infolge der Nichterfüllung der Forderungen der Holzarbeiter in Baden, Württemberg u. Hohenzollern sind in Freiburg u. Stuttgart die Arbeiter einer Anzahl von Betrieben in den Streik getreten. Sämtliche Arbeitgeberverbände der Industrie und des Handwerks der Holzverarbeitenden Industrie in Baden, Württemberg und Hohenzollern haben daraufhin beschlossen, die Arbeiter von heute ab an auszusperren und die Betriebe zu schließen.

Der Raubmordprozess Siefert.

DZ. Heidelberg, 18. Januar.

Heute vormittag wurden die Tatorte kurz nach 10 Uhr durch den Gerichtshof und die Geschworenen im Beisein von Pressevertretern besichtigt. Der Sachverständige, Gerichtschreiber Kopp gab an Hand von photographischen Aufnahmen über die Lage der Leichen der Bürgermeister Busse und Berner Aufklärung. An der Stelle wo Berner gefunden wurde, gab Kopp u. a. bekannt, daß nach seiner Ansicht der geschmiedete Kolben des geschundenen Gewehrs nicht von dem Schlag auf dem Kopf des Bürgermeisters Berner, sondern vermutlich daher rührte, daß der Mörder mit Hilfe des Gewehrfolgens den Stein auf die Leiche des Ermordeten warf. Außerdem zeigt die rechte Brustseite des Bürgermeisters Berner Verletzungen auf, die nicht von einem Schläge herrühren, sondern vermutlich von spitzen Felsen herbeigeführt worden sind. Darauf schiederte der Zeuge Knidel, der an dem Tage, an dem man die Leichen fand die Streife leitete, wie er im Walde die Schleifspuren festgestellt hatte. Der Zeuge ist der Meinung, daß der Mörder die Leichen vom Fußweg nach dem Platz geschafft hat, wo man sie später fand.

Der Verteidiger stellt die Frage, ob ein Mann die Leiche vom Fußweg nach dem Platz tragen könnte. Gerichtschreiber Dr. Kopp gibt an, daß er keine Schleifspuren mehr gesehen hat, da inzwischen verschiedene Personen an der Stelle waren, wo man die Leichen gefunden hat. Es steht auch nicht fest, daß Berner direkt auf dem Wege durch die Schläge auf den Kopf getötet worden ist, sondern es ist die Möglichkeit, daß er erst am Waldegelände vollständig getötet wurde. An den Kleidern konnte Dr. Kopp keine Beschädigungen finden, die auf Schleifspuren zurückzuführen sind. Weiter wurden

nach vernommen der Streifenmeister Munsfeld, der an dem Tage nach dem Auffinden der Leichen das Gewehr und die Briefstöße fand.

Der Sachverständige Dr. Kopp machte sodann auf die Verletzung einer Fichte aufmerksam, die anscheinend durch einen Querschläger erfolgt ist. Als man von der Nordseite sich herabbegeben wollte, sagte Siefert zu einem Polizeibeamten: Ich habe das hier oben langsam die.

Nach Besichtigung des Schießlandes, der mit abgeschrittenen Fichtenzweigen ausgepollert war, begab sich der Gerichtshof nach Siegausen.

Wann erfolgte die Feingewinnahme der Astenstelle an der Siegelhäuser Landstraße, wo der Vorgang der Tat dem Gericht genau dargestellt wurde. Lint selbst steuerte wieder sein Motorrad, freilich nicht mit der damals mutmaßlich geübten Geschwindigkeit von etwa 50 Kilometer, sondern heute wegen der Schneeglätte nur mit etwa 40 Kilometer. Ein Kriminalbeamter demonstrierte den Vorgang, wie der Täter hinter den Bäumen herborsehend, den Motorfahrer ankommen sah und tief dann in langsamen langen Sähen, so wie Lint den Überfall schloß, nach der schräg gegenüberliegenden kleinen Holzhitte an die Stelle, wo der Täter sich damals an einem Gegenstand, vermutlich einem Gewehr zu schaffen machte. Der vorbeifahrende Lint zeigte dann in einer Entfernung von etwa 130 Meter durch Hochheben der Hand die Stelle an, wo er den Schuß empfing. Siefert mußte sodann seinen gestreiften schwarzen Mantel und einen hellen Hut aufsetzen.

Lint behauptete bekanntlich, daß der Täter, den er zuletzt aus wenigen Metern Entfernung gesehen hatte, einen dunkel gestreiften Mantel getragen hätte. Es bestätigt sich, daß man aus einer Entfernung von etwa 10 Meter die Streifen des Mantels gut erkennen konnte.

Siefert sagte, als er den schwarzgestreiften Mantel angelegt hatte und Ingenieur Lint erklärte, daß dies der Mantel sei: Ich habe Wochentags nur meinen feldgrauen Mantel und nicht diesen Mantel getragen. Lint: Sie haben allerdings zwei Mäntel. Für mich kommt nur dieser Mantel in Betracht. Ich kann nur wiederholen, sehr verehrter Herr Zeuge, daß ich wochentags meinen feldgrauen Mantel trug. Zeuge Lint: Sie werden das ja am besten wissen. Siefert: Das muß ich mir verbitten, mein lieber Herr Zeuge! Vorhinder: Sie haben sich nichts zu verbitten!

Gegen 1 Uhr mittags ist die Besichtigung des Tatortes abgeschlossen und das Gericht begibt sich wieder nach Heidelberg. Wegen der langen Feingewinnahme der Tatorte beginnt die Nachmittagsitzung erst um halb 5 Uhr.

In der Nachmittagsverhandlung wird der an Busse Berner verübte Raubmord weiter verhandelt. Zeuge Jakob Weis war Mitangeklagter des Angeklagten Siefert und schilderte dessen Äußerungen über die Beschuldigungen, die man ihm zur Zeit legte. Den Mitangeklagten hat Siefert die Sache so erzählt, wie er sie in seinen Angaben bis heute aufrecht erhalten hat. Der Zeuge gibt weiter an, daß Siefert ihm gesagt habe, daß er die Sachen in einer Kiste auf dem Speicher in der Krahmüllerischen Behausung versteckt habe und daß diese Gegenstände weggeschafft werden müßten, "sonst gelte er als der Mörder. Ein weiterer Mitangeklagter, der Zeuge Benz, äußerte sich ebenfalls über die Mitteilungen Sierfers in der Kiste. Von einem Ring habe er gesagt, daß er dem Ermordeten gehören solle. Doch wisse Siefert nichts davon, denn es sei ein Ring seiner Frau, den er kleiner habe machen wollen. Von dem Verkauf des Karabiners hat Siefert diesen beiden Zeugen noch nichts gesagt. Er hat ihnen gegenüber behauptet, daß er die 800 M. für eine Vermögensgegenstände erhalten habe.

Zeuge Alfred Bauer-Heidelberg hat am Nordtag mit einem Bekannten und dessen Schwester einen Spaziergang über den Königsstuhl nach dem hohen Kreuz gemacht. Unterwegs trafen sie einen Mann und fragten ihn nach dem Weg. Der Betreffende sei von großer Gestalt gewesen und habe den Hut tief in den Kopf gedrückt gehabt. Aber der Schalter habe er ein kurzes Gewehr an einem Riemen getragen. Der Mann habe die Fragenden äußerst scharf fixiert, daß es ihnen unheimlich wurde und sie beim Durchgehen vertrieben, ihn anzusehen. Kurze Zeit darauf hörten sie zwei scharfe Schüsse fallen. Siefert äußert sich zu dieser Aussage: 1. war ich gar nicht dort und 2. kenne ich das hohe Kreuz überhaupt nicht und kann auch infolgedessen keine Auskunft gegeben haben.

Dann wird Dr. Kopp-Karlsruhe a. M. über den Fall seines Gutachtens gehört, der sich auf die Fingerabdrücke bezieht. Dr. Kopp hat die Briefstöße des Dr. Berner untersucht. Es befanden sich darin einige mehr oder weniger mit Blut ge-

tränkte Briefe. An einer Postkarte waren deutliche Fingerabdrücke festzustellen. Anhand einer vielfach vergrößerten Aufnahme demonstriert der Sachverständige die besonderen Merkmale der Fingerabdrücke auf der Postkarte und stellt sie in Vergleich mit den von Siefert genommenen Fingerabdrücken. Der Fingerabdruck auf der Postkarte deckt sich vollständig mit den von Siefert genommenen Abdrücken. — Legationrat Dr. Heindel-Berlin, der auf dem Gebiete der Dactyloskopie als Autorität gilt, demonstriert die Grundprinzipien für die Beweiskraft der Fingerabdrücke. Er faßt sein Gutachten dahin zusammen: Wenn in einem konkreten Fall die Untersuchung wie im vorliegenden Fall durch einen Sachverständigen wie Dr. Kopp ergab, daß der Fingerabdruck an einem bestimmten Gegenstand übereinstimmt mit dem Abbild einer bestimmten Person, so ist damit der absolut zuverlässige Beweis erbracht, daß der Abdruck nur von dieser Person herrühren kann. Der Offizialverteidiger bemerkt anstelle des Angeklagten, daß dieser gegen das Gutachten des Professors Heindel nichts einzuwenden habe. Schluß der Verhandlung abends 8 Uhr.

Aus der Landeshauptstadt.

DZ. Schwurgericht. In der Dienstag Nachmittagsitzung konnte der Zeuge Griesmeier, der vom Angeklagten angerufen worden war, zwar nichts Näheres über die Diebstähle an der Bahn auszusagen, behauptete allerdings, damals sei überall gestohlen worden. — Der Zeuge Hartmann sagte aus, es seien damals manchmal erhebliche Mengen Obst aus den Eisenbahnwagen (sogenannten Schafwagen) gestohlen worden. Zeuge Bäuerle machte dieselben Angaben und sagte noch aus, daß die entstandenen Schäden bei der Bahn sofort reklamiert worden seien. — In Verbindung damit hält der Vorsitzende dem Angeklagten vor, daß er trotz verschiedener Fehlmengen nicht immer reklamiert habe, worauf der Angeklagte angab, die Bahn habe nur dann auf Reklamationen reagiert, wenn die Wagen noch nicht ausgeladen waren. Betreffend die Apfelsendungen führte die Anklageschrift aus, daß Schneller 23 Kisten nicht in der Rechnung aufgenommen habe. Diese Kisten seien aber durch Originalquittungen oder Buchauszüge belegt. Schneller gibt das zu, kann aber keinen näheren Bescheid geben. Auf die Beschuldigung, daß zwar 80 Pf. für Äpfel verlangt worden waren, aber nur 53 Pf. eingetragenen worden seien, erwiderte Schneller, daß den Käufern bei Rückgabe der Tara dafür ein höherer Preis für leichtere vergütet worden sei. Bei einer Birnensendung ergibt sich ein Schwundgewicht von 9 1/2 Prozent, das von den Sachverständigen als zu hoch erklärt wird. Der eine Sachverständige gibt als Maximum 6 Prozent an. Für eine Zwetschgensendung, bei welcher ein Schwund von 13 1/2 Prozent festgestellt wurde, gaben die Sachverständigen einen Höchstprozentsatz für Schwund von 7, bei Groß, von 9 Prozent bei Kleinverkauf an. Bei einer Pfäundersendung ergibt sich ein Schwund von 13 1/2 Prozent, während die Sachverständigen hierfür nur einen Prozentsatz von 10 bis 12 Prozent annehmen. Es folgte sodann die Verhandlung wegen Unterschlagung bei Heidelberg, Gelbrüben, Bohnen, Zitronen und Erbseverkäufen. Die Anklage wirft dem Schneller vor, hierbei einen Betrag von 1668,95 M. veruntreut zu haben.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Aus dem badischen Zeitungswesen. Zu der schon gestern von uns wiedergegebenen Erklärung des Verlags der „Konstanzer Zeitung“ bemerkt die „Mannheimer Volksstimme“: „An übermäßiger Klarheit „leidet“ diese Rundgebung des Konstanzer Verlages gerade nicht. Und sie ist auch keineswegs geeignet, die Befürchtung zu zerstreuen, daß sich, da eine „Schwenkung nach rechts“ vorbereitet. Die „Konstanzer Zeitung“ — d. h. ihr Verleger; denn der Redaktion hat man offenbar zu einer Erklärung nicht die Möglichkeit gegeben — legt allem Anscheine nach Wert darauf, sich für die „nächste Zukunft“ alles vorzubehalten bezw. von „den Verhältnissen“ abhängig zu machen. Sehr verdächtig ist, daß die Rundgebung des Verlags nicht zu der Mitteilung des Singener „Volkswille“ Stellung nimmt, daß dem zuverlässig demokratisch gerichteten Chefredakteur Munding bereits gekündigt worden sei. Und doch scheint uns dieser Punkt in der ganzen Angelegenheit der entscheidende zu sein.“

DZ. Offenburg. Dem Jugendamt ist es gelungen, durch die Zentrale der Schweizerfürsorge für deutsche Kinder 8 Freiplätze auf die Dauer von etwa acht bis 12 Wochen im Kindererholungsheim Berlingen im Kanton Thurgau durch Offenburg Kinder zu erhalten. Die Abreise der Kinder ist kürzlich erfolgt.

Lieder- und Balladenabend Otto Wegbecher.

Am Dienstag gab der einheimische Sänger Otto Wegbecher unter Mitwirkung von Hugo Rahner im Saal der Bierjahreszeiten einen Lieder- und Balladenabend, der sich eines guten Besuches erfreute. Otto Wegbecher, dessen Stimmittel an sich des sinnlichen Reizes entbehren, und der in den ersten Jahren seines Auftretens stets gegen eine gewisse störende Sprödigkeit kämpfen mußte, hat mit einer jähren Ausdauer an der Kräftigung und Vervollkommnung seines Organs gearbeitet. Der Fleiß, mit dem er seine Studien betrieb, ist nicht ohne Erfolg geblieben. Heute ist seine Stimme von großer Kraft und Fülle, die Sprödigkeit ist überwunden, der Ton hat an Tragfähigkeit und Klangwärme beträchtlich gewonnen. Ein erfreulicher Umstand ist es, daß Otto Wegbecher die Grenzen seiner Gesangskunst überblickt und somit in der Lage ist, ein wirkungsvolles Programm aufzustellen. Er wählte sich Carl Loewe, dessen Vertonungen von Dichtungen mit balladestem Einschlag ihm am besten liegen, da hier seine Stimmkraft sich am unmittelbarsten auswirken kann. In den bekannten Liedern und Balladen, vor allem in „Archibald Douglas“ oder „Obins Meeresritt“, in „Süßes Begräbnis“ oder „Der Ouf“ brachte er die dramatischen Momente mit wuchtigen Strichen heraus. Auch das „Hochzeitslied“ war eine gute Leistung. Brische Partien und seine Stimmungen, wie sie etwa „Der Mummelsee“ enthält, gelingen ihm weniger gut. Der Abend wuchs sich für den Sänger zu einem schönen Erfolg aus, an dem auch der gewandte begleitende Hugo Rahner am Flügel seinen Anteil hatte. Die Zuhörerschaft nahm die gesanglichen Darbietungen mit wachsendem Beifall an. H. R.—.

Ein Zeitungsjubiläum. Zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens der Alltagszeitung der Königsberger Gartungszeitung hat das Blatt eine Erinnerungschrift herausgegeben. „Ein halbes Jahrhundert“ aus der Zeitungsgeschichte von 1872 bis 1922 behandelt. Die Schilderungen der „Gartungszeitung“ aus den fünf Jahrzehnten enthalten ein gutes Stück deutscher Zeitungsgeschichte überhaupt und sind damit zugleich ein Beitrag zur deutschen Entwicklung in diesem Zeitraum.

Auge noch als Lichterscheinung nachwirkt, nachdem tatsächlich schon erloschen ist. In Wirklichkeit beträgt die Zeitdauer eines Blizes kaum ein Tausendstel Sekunde.

In den Vereinigten Staaten werden zurzeit auf der Virginian Railway Versuchsfahrten mit einem Güterzuge ausgeführt, der als der schwerste Zug bezeichnet werden kann, der jemals auf Schienen fuhr; er setzt sich aus 100 Wagen von großem Ladegewicht zusammen, von denen jeder leer 40 Tonnen wiegt und 110 Tonnen Kohle aufnehmen vermag. Es handelt sich bei diesen Versuchen darum, zu zeigen, daß man im Dauerbetrieb sehr viel größere Lasten befördern kann, als dies bisher üblich war. Die Virginian Railway transportiert bedeutende Mengen Kohlen aus dem State West Virginia nach der Küste des Atlantischen Ozeans, wo sie weiter verfrachtet werden. Der Kohlentransport macht etwa 90 Prozent des gesamten Güterverkehrs aus, und die schwersten bisher beförderten Züge hatten höchstens ein Gesamtgewicht von 8000 bis 9000 Tonnen, während jetzt das gesamte Gewicht des Kohlenzuges von 100 Waggons 14 500 Tonnen beträgt, nicht inbegriffen das Gewicht der Lokomotiven. Die Virginian Railway hatte schon vor einigen Jahren die Möglichkeit ins Auge gefaßt, viel schwerere Züge zu befördern und insbesondere Waggons von sehr großem Ladegewicht verwenden zu lassen. Von 1917 an ließ diese Gesellschaft dauernd vier Waggons von 110 Tonnen Fassungsvermögen probeweise mitfahren, um zu sehen, ob die Verwendung solcher schwerer Waggons sich als praktisch erweise. Die auf diese letzteren Jahre sich erhaltenden Betriebserfahrungen sind nun derart günstig, daß die Ingenieure der Virginian Railway beschlossen haben, künftig auf ihrem Eisenbahnen 1000 Stück dieser schwereren Waggons, die fahrenden, aus Stahlblech hergestellten Behältern gleichen, zirkulieren zu lassen.

Die Zöhl der Linien, auf denen ein regelmäßiger, täglicher Flugverkehr aufrecht erhalten wird, nimmt ständig zu. Neuerdings wurde zwischen der Deutschen Luftverkehrsgesellschaft und der englischen Flugverkehr-Kompagnie ein Abkommen erzielt, so daß heute ein direkter Anschluß an das englische Netz möglich ist, was von großer Wichtigkeit für den Export sein dürfte, da die Flugzeuge auch Briefsäcke und Warenproben mitnehmen. Wie dem internationalen Flugverkehr-Verkehrplan zu entnehmen ist, beträgt die Flugzeit von Bremen nach Hamburg 1 Stunde, von Hamburg nach Kopenhagen nicht ganz 2 Stunden; von Bremen aus gelangt man

in etwas weniger als 3 Stunden nach Amsterdam, von hier aus beträgt die Flugzeit nach Rotterdam noch 30 Minuten. Von Rotterdam brauchen die englischen Flugzeuge Flugplanmäßig noch 2 Stunden und 40 Minuten nach London. Von London aus ist Paris in rund 3 Stunden zu erreichen, Ostende in 1 1/2 Stunden. Die Flugzeit von Paris nach Straßburg beläuft sich auf 2 1/2 Stunden; von letzterer Stadt aus ist es möglich, in 3 1/2 Stunden nach Prag zu gelangen, und von hier aus braucht das Flugzeug noch 4 1/2 Stunden bis nach Warschau. Von Frankreich aus besteht eine Verkehrsverbindung nach Spanien und nach Marokko. Das Flugzeug steigt 10.30 in Toulouse auf und landet um 1 Uhr in Barcelona; von dort aus geht die Reise (2.30) nach Alicante (Eintreffen 6 Uhr); am nächsten Tage erfolgt um 8 Uhr der Flug nach Malaga (Eintreffen 11.30); um 1 Uhr wird weitergefliegen, um 4 Uhr ist Ankunft in Rabat und um 6.10 Uhr in Casablanca.

In der letzten Zeit ist im Handel ein Spezialstahl zu haben, der nicht rostet, auch von Salz- oder Seewasser und sogar Salpetersäure nicht angegriffen wird. Vergleichende Versuche haben beispielsweise ergeben, daß während beim zweifelhafte Einlegen von Probefunden aus Flußstein, Kohlenstoffstahl und Nidelfstahl in kochende Salpetersäure (50 Prozent) die Gewichtsabnahme 245, 236 und 220 Gramm betrug, der neue Spezialstahl unter den gleichen Versuchsbedingungen eine Abnahme von null Gramm zeigte. Die neue Stahlart findet Verwendung zur Herstellung von Tafelmessern, die trotz Verhütung mit Essig, Obstsauren usw. dauernd blank bleiben; in der maschinentechnischen Industrie werden die Auspuffventile der Explosionsmotoren, ferner Turbinenschaufeln, die Rollen der Wasserpumpen, die Felgen und Speichen der Fahrräder aus rostfreiem Stahl angefertigt. In der chemischen Großindustrie bestand schon lange ein dringendes Bedürfnis nach einer Stahlart, die unempfindlich ist gegen Salpetersäure, Ammoniak und Ammoniumnitrat, spielen doch diese Stoffe eine Hauptrolle bei der Fabrikation künstlicher Düngemittel. In beachtenswertem Umfang findet der rostfreie Stahl insbesondere Verwendung zur Herstellung von chirurgischen, orthopädischen und gynäkologischen Instrumenten; auch Meßinstrumente, optische Apparate usw. werden aus dem neuen Material angefertigt, das seine Rost- und Säurebeständigkeit allerdings erst erhält, wenn die aus demselben erzeugten Teile gehärtet, allseitig geschliffen und poliert sind.

Freie Aussprache.

Wie verhältnismäßig unter dieser, vom überlegenen rechtlichen Teil abgesonderten Aufsicht...
Werte Darlegungen und Anregungen aus allen Kreisen, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich bewegt sich diese Aussprache außerhalb der politischen Verantwortung der Redaktion.

Gestaltung der Preiswucherabwehr.

Von Dr. Edwin Müller, stellv. Vorstand der städtischen Preisprüfungsstelle Karlsruhe.

* Wir geben diesen Artikel als weiteren Beitrag zu der einigen neuerlichen Aufsätzen — u. a. von Staatsanwalt Marg-Mannheim und Beigeordneten Karl Menne-Oberhausen — in der „Karlsruher Zeitung“ behandelten Frage der Preiswucherabwehr wieder. Dieses Thema ist von so großer Bedeutung für unser Wirtschaftsleben, daß seine eingehende Erörterung grundsätzlich begrüßt werden muß, gleichviel wie man in Einzelnen die dabei zutage geföhrten Vorschläge und Kritiken beurteilen mag; Neb.

I.

Die letzten Monate haben uns eine Überfülle von Vorschlägen zu einer wirksamen Wucherbekämpfung insbesondere zur Prüfung und Überwachung der zu einer unentzählbaren, den Handel wie die Verbraucherschaft in gleicher Weise schädigenden Zwangswirtschaft der Industrieringe und Preisconventionen gebracht. In der Nr. 306 der „Karlsruher Zeitung“ vom 31. Dezember 1921 regt der Staatsanwalt Marg, Mannheim, die Errichtung eines „staatlichen Preisprüfungsapparates“ an, wobei er das Schwergewicht der Preiswucherabwehr auf „staatliche Verwaltungsorganisationen“, anstatt wie bisher, auf die „Strafverfolgungsbehörden“ gelegt wissen will. Ich glaube indes, daß dieser „staatliche Preisprüfungsapparat“ weder bei den Trägern der Staatsverwaltung noch bei den Vätern des Wirtschaftslebens Beifall finden dürfte. Abgesehen davon, daß dieser ungeheuerliche „Apparat“ den Staat mit unerschwinglichen Geldlasten beschweren würde, vermöchte er „den großen Problemlösungskomplex der Preiswucherbekämpfung“ ebensowenig zu lösen, wie die seitherigen „staatlichen Organisationsformen“.

Gleichwie die verschiedenen Glieder des Menschenleibes ihre eigentümlichen Aufgaben und Berrichtungen besitzen und alle einander wohl Handreichung und Beistand leisten, keines aber in den selbstständigen Tätigkeitsbereich des andern eingreift, so haben auch die Glieder und Lebensäußerungen des Volkslebens — Wirtschaftsleben, Geistesbildung, Rechtswesen — je ihre besonderen Befugnisse und Wirkungskreise, und niemals maßten sich ungekräft die Glieder des einen die Tätigkeiten und Pflichten des andern an.

Das Wirtschaftsleben als ein Teil des freien, ewig sich verändernden, umgestaltenden, neugefaltenden Volkslebens leidet nicht den Zwang starrer Gesetze, zwingender Dienstleistungen und schablonenhafter bürokratischer Staatsapparate. Es will frei sein und sich selbst gestalten und verwalten, und es will selber die Einrichtungen und Glieder schaffen, die zum Schutze vor wucherlichen Auswüchsen und Krankheiten erforderlich sind.

Was übrigens der Margsche Vorschlag eines „staatlichen Preisprüfungsapparates“ an neuen Gedanken offenbart, ist

lediglich die bis zur Spitze getriebene Zentralisation sowie die wöchentliche oder halbwochentliche Vorlage der Preislisten an die „staatlichen Zentralstellen“ und deren Unterstützung im Preisprüfungsamt durch ein Heer von hochbezahlten amtlich angestellten Sachverständigen. Glaubt aber jemand im Ernste, daß sich das Wirtschaftsleben hierin finden würde? Man denke sich aus: „alle Firmen von bestimmtem Umfang — kleinere genießen Wucherfreiheit“ — haben wöchentlich oder halbwochentlich ihre Verkaufspreise unter eidstattlicher Versicherung der Richtigkeit an die Zentralstellen die nicht für allzugroße Gebiete zu errichten sind, mitzuteilen! — Wo fänden die „Zentralstellen“, die „Provincial-Zentralstellen“ und die „Reichsstelle“ die vielen Sachverständigen, allein diejenigen, die für die Prüfung der Preise der 3-4000 Industrieringe nötig wären? Und woher nähme unser bettelarmer Staat das Geld zur Aushaltung der zahllosen Sachverständigenbataillone, „bei deren Anstellung das Geld keine Rolle spielen darf“? Daß die wöchentliche oder gar halbwochentliche Prüfung und Vergleichen der Preislisten von hunderten von Firmen durch staatliche Zentralstellen ein Ding der Unmöglichkeit ist, springt in die Augen. Die städtische Preisprüfungsstelle Karlsruhe läßt nur die Preislisten der Lebensmittelgeschäfte monatlich ihrem Preisamt zur Prüfung vorlegen, und welche Arbeit erfordert die Nachprüfung und Vergleichen dieser wenigen Preise! Daß das Wirtschaftsleben eine bürokratische Vorgesur der Preise nicht leiden kann, ist selbstverständlich; der bürokratische Nachgen für aber weiß es sich un schwer zu entziehen. Und wie wollen die „Zentralstellen des staatlichen Preisprüfungsapparates“ dem häuerlichen Preiswucher auf dem flachen Lande beikommen? Wo holte sich der Staat das Geld und die ehrlichen Leute, um für die Millionen Döfer, Fiedler, Höfe, Hausierer, Schieber, Preistreiber, Schmuggler, Schwarzbränner, Schnapsereien usw. genügend sachverständige Prüfer und Wachmänner aufzustellen?

Ich gebe dem Herrn Staatsanwalt recht: die seitherigen Preisprüfungs- und Wucherabwehrmaßnahmen waren und sind den großen Verhältnissen nicht gewachsen, und die gegenwärtigen Hilfskräfte der staatlichen Abwehrstellen reichen für die Prüfung und Überwachung nicht aus; und es taugt nur eine solche Prüfungs- und Überwachungsform, die nicht nur die letzten Glieder im Güterverteilungs- und Preisbildungsprozess, sondern auch die Anfangs- und Zwischenglieder — Industrie, Landwirtschaft und Großhandel — zu untersuchen und zu überwachen in der Lage ist; auch verlangt die Wucherabwehr Anpassungs- und Bewegungsfähigkeit und vor allem Freiheit von jeder bürokratischen Manier. Darum fordern die bad. Verbraucher, insbesondere der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und der „Afabund“ in ihrer Entschlieung vom 15. Juli 1920, die Befreiung der Zentralen und die Errichtung gemeindegemeinschaftlicher — örtlicher — Preisprüfungsstellen unter der nur geistigen Leitung des umgestaltenden Landespreisamts. Die badische Regierung hat diesem Wunsche entsprochen und hat am 1. Oktober v. J. das Landespreisamt aufgelöst und durch eine Verfügung an die Bezirksämter die freiwillige Errichtung örtlicher Preisprüfungsstellen in die Wege geleitet. Auch die bayerische Regierung hat in Erkenntnis der Bedeutung und Wichtigkeit der örtlichen Preisprüfungsstellen sowie der Notwendigkeit der örtlichen Überwachung des Wirtschafts- und Ernährungslebens zur Neuregelung des Preisprüfungslebens im vorigen Jahre beim Reichsrat den Antrag gestellt: Der Reichsrat wolle beschließen, die Reichsregierung möge sofort einen Entwurf zur Änderung der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungs-

stellen und die Versorgungsregelung vom 23. September 1915 dahin vorlegen: daß der einheitliche identische Ausbau des Preisprüfungslebens über das ganze Reich durch die Länder gesichert wird und möge gleichzeitig nähere Anordnungen über das Zusammenarbeiten der Landes- und örtlichen Preisprüfungsstellen untereinander, und mit der zuständigen entsprechend auszubauenden Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums ausarbeiten.

Leider steht die Aufrihtung und Ausgestaltung des Reichsnetzes örtlicher Preisprüfungsstellen noch durchaus in der Anfangsstufe. Zum unsagbaren Schaden aller Verbraucher und des ganzen Wirtschafts- und Ernährungslebens! Man sollte die Schaffung der Einrichtung nicht lediglich der Willkür der einzelnen Stadt- und Dorfgemeinden überlassen! Wir sehen ja, welche Widerstände die von der Preisprüfung und Versorgungsüberwachung betroffenen selbstständigen Unternehmer- und Interessengruppen derselben entgegenstellen. Dem Bezirksamt Bruchsal ist es zwar gelungen, in sämtlichen Gemeinden seines Amteskreises die Errichtung örtlicher Preisprüfungsstellen durchzusetzen. In den übrigen Amtsbezirken ist die Angelegenheit jedoch noch nicht soweit gediehen.

In andern Städten, so in Mannheim, ist die Sache gänzlich eingeschlagen; die dort ungeheuerlich ansteigenden Obst- und Gemüsepreise reden in deutlicher Sprache.

Bedenken wir doch die Tatsache: bei der heutigen Gestaltung unserer politischen und wirtschaftlichen Zustände, bei dem selbstständigen Verfall des Volkslebens, bei der allgemeinen Entfittlichung, Habsucht, Rastsucht, Geldsucht und Gewinnsucht weiter Bevölkerungsschichten ist es den Zentralorganen des staatlichen Rechts- und Ordnungsschutzes — Landespreisämter, Landeswucherämter, Staatsanwaltschaften, Bezirksämter — für sich allein selbst bei größtem Aufgebot von Landjägern, Schutzeinheiten und Sachverständigen unmöglich, die Zwangswirtschaft und Preisbildung der Industrieringe, der Landwirtschaft, der Groß- und Kleinhandlärer zu jügeln und der zahllosen, wie Niesensäume aus der Erde schießenden Wucherer, Preistreiber, Kettenhändler, Schleichhändler, Schmuggler, Warenzurückhalter, Warenaufspeicherer, Schwarzbränner, landfremden Verkäufer usw. Herr zu werden und durch umfassendes tatkräftiges Eingreifen die notleidenden Verbraucher vor Ausbeutung zu schützen. Wollen daher die staatlichen Organe die zur Sicherung des Wirtschafts- und Ernährungslebens unbedingt erforderliche Kraft und Macht und Herrlichkeit wieder erlangen, so müssen sie durch eine aus dem Wirtschaftsleben selber hervorgegangene Körperschaft ergänzt und unterstützt werden, welche fähig ist, die gesamte gesunde volks- und pflichtbewusste Bevölkerung aller Wirtschaftskreise mobil zu machen und alle Glieder des wirtschaftlichen Volkskörpers, Erzeuger, Händler und Verbraucher, in den Dienst der öffentlichen Wucherabwehr zu stellen. Es ist klar, daß das Preisprüfungs- und Wucherabwehramt nicht lediglich zentral gehandhabt werden kann. Es muß überall an allen Orten einsehen, wo das Wirtschaftsleben sich abspielt, wo die Fabrikanten, Handwerker, Landwirte, Händler und Verbraucher an der Arbeit sind, und wo die wirtschaftlichen Schädlinge ihr lichtfeindliches Handwerk treiben. Und nur solche Organe und Einrichtungen des Wirtschaftslebens gewähren sicheren Erfolg, die unmittelbar aus dem Wirtschaftsleben, aus den wirtschaftlichen Arbeitskreisen, aus den örtlichen Wirtschaftskreisen herausgewachsen sind und in steter, unmittelbarer, lebendiger Verbindung mit dem Volks- und Wirtschaftsleben stehen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Zagordnung

Dienstag, den 24. Januar 1922, vormittags 1/9 Uhr, im Bezirksratsaal in Karlsruhe stattfindenden Bezirksratsitzung.

I. Öffentliche Sitzung.

A. Verwaltungsgerichtliche Sachen: Ortsarmenverband Karlsruhe gegen Bonaventura Heinrich Meyer, Erbsch von Unterstützungskosten betr.; B. Verwaltungssachen.

1. Wirtschaftsgesuche aus Karlsruhe-Stadt: Damas Kägel Eheleute, Gastwirtschaft „Zum Badhorn“, Baldhornstraße; desgleichen Hans Rehm, „Zum schwarzen Adler“; Lina Nis, Schantwirtschaft „Zum Blücher“; Anton Brandel, Verlegung von „Zum Deutschen Kaiser“ nach „Zum Wilhelmshöhe“; desgleichen Emil Müller, von „Zum Haaseneck“ nach „Zum Deutschen Kaiser“; Otto Wacker, Ausschank von Likören und Spirituosen im Kaffee Lammstraße 12; 2. Friedrich Talmon i. Armeé, Abhaltung von Singspielen, Baldhornstraße 33 „Zum Eichenbaum“; 3. Maschinenbauergesellschaft Karlsruhe gewerbepolizeiliche Genehmigung zum Neubau eines Dampfmaschinenprobierraumes, Balthstraße 1;

II. Nichtöffentliche Sitzung.

1. Aufhebung einer alten bezirkspolizeilichen Vorschrift, 2. Verbescheidung einiger Gemeinderrechnungen, 3. Festsetzung der Pachtzinse für die Schulgüter in Gagsfeld und Lintenheim. R. 609 Karlsruhe, den 18. Januar 1922. O.-R. 9. Bezirksamt.

Fundfachen betr.

Im Monat Dezember 1921 wurden folgende Gegenstände auf dem Fundbüro abgeliefert: R. 608 1 Nadel mit Stein, 1 Ehering, 1 Kettchen mit Anhänger, 1 Doubletten mit Anhänger, Damenuhr, 1 Rebararmband, 1 Damenarmbanduhr, 1 silbernes Halskettchen, 1 Damenarmbanduhr, 1 Schüllerermühe, 1 Kinderpelz, 1 gestricktes Haestuch, 1 Kamm, 1 Fahrcheinheit, 1 Kellameßel, 1 schwarzer Pelztragen, 1 schwarze Stoffhandtasche, 1 Lederhandschuh, 1 Zwilker mit Futteral, 1 paar Handschuhe, 1 brauner Ruff, 1 Sagenpelztragen, 1 Handschuh, 1 Filzhut, 1 kleines schwarzes Hütn, 1 Schlüsselbund, 1 Cigarettenetui, 1 Puppenfrisurzeug, Briefmarken, 1 Packchen mit Staniol, 1 Besuchsständchen, Verbandsmarken des

Arbeiter- und Angestelltenverein, 1 Laterne für Auto, 1 grauer Filzhut, 1 schwarzer Pelztragen, 1 Transportkette von einem Kastano, 1 Taschenmesser, 1 Brille mit Futteral, 1 Schachtel mit 20 Kartchen, 1 schwarzer Damenhandschuh, 1 Stod, 1 Sagenpelz (grau), 1 Sammettasche, 1 weißes Kästchen, 1 Herrenhandschuh, 1 Pelztragen, 1 Haarkefer, 1 schwarze Leder-gamasche, 1 rotweines Kinderkappchen, 1 alter Sagenpelztragen, 2 Selbstbinder und 1 weiße Strawatte, 1 Rappchen mit 51 R., 1 Schirm, 1 Damenhut (schwarzer Sammet), 1 Pelztragen, 1 paar Handschuhe, 1 graue Sportmühe, 1 grüne Kellermühe, 1 graue und 1 grüner Hut, 1 gemüßte Handtasche, 1 Sammethandschachen mit Inhalt, 1 paar Kinderhandschuhe, 1 schwarze Ledermappe, 1 Turngürtel mit 2 Schlüssel, 1 Herrenhut, mehrere Geldbeutel mit und ohne Inhalt, Bargeld, 100 R., 10 R., 20 R., 5 R., 3 R., 50 R., 46 R., 10 R., 200 R., 2 R., 120 R., 46,50 R., 5 Schlüsselbunde, sowie mehrere Hunde, welche im Hundezwinger (Schlachthausstraße) untergebracht sind.

Die Gegenstände können von den Eigentümern oder sonstigen Empfangsberechtigten im Zimmer Nr. 6 des Bezirksamtsgebäudes abgeholt werden. Falls sich die Empfangsberechtigten nicht rechtzeitig melden, geht das Eigentum an dem Fundgegenstand nach Jahresfrist auf den Finder bzw. die Stadtgemeinde über.

Karlsruhe, den 10. Januar 1922. O.-R. 7. Bad. Bezirksamt. — Polizeidirektion.

Münsterbauverein Freiburg i. Br.

Wir geben hiermit bekannt, daß die Ziehung der 1. Reihe der Geldlotterie zur Wiederherstellung des Freiburger Münsters — wie angeführt

vom 25.—31. Januar 1922 in Berlin

im Ziehungsaal der General-Lotterie-Direktion öffentlich unter notarieller Beurkundung und behördlicher Aufsicht unabweislich stattfindet.

Freiburg i. Br., den 19. Januar 1922.

Der Geschäftsföhrernde Ausschuß.

Badisches Landestheater.

Freitag, 20. Jan. 5 1/2 — geg. 9 1/2 Uhr Mk. 40.— Unter der Leitung des Komponisten Prof. Franz Schreker

Der Schatzgräber.

Beim städt. Rechnungsamt ist die Stelle eines staatlich gepröften Gemeinde-Rechnungsbeamten in Besoldungsgruppe IX tunlichst bald zu besetzen. Bewerber, die die staatliche Amtsprüfung abgelegt haben, wollen ihre Bewerbungsgeuche bis zum 1. Februar 1922 bei uns einreichen. R. 602 Karlsruhe, den 15. Januar 1922.

Das Bürgermeisteramt.

Angebot. R. 599.2. Mosbach. Elisabeth geb. Gut in Asbach mit Zustimmung ihres Ehemanns Josef Müller, Anna geb. Büner in Obriheim, Witwe des Karl Gut, Maria Theresia Gut in Obriheim, haben das Angebot des Grundstücks Ab. Nr. 245, Band 15, Hekt 20, Ortschaft, 1 ar 87 qm Hofraute mit Hausgarten der Gemarlung Obriheim zum Zwecke der Ausschlieung des Eigentümers Georg Heinrich Friedrich von Redarbischofsheim beantragt.

Der bisherige Eigentümer wird aufgefordert, seine Ansprüche und Rechte spätestens in dem auf Dienstag, 30. Mai 1922, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht 1 Mosbach bestimmten Aufgebotsstermin anzumelden, widrigenfalls seine Ausschlieung erfolgen wird. Mosbach, 12. Jan. 1922. Bad. Amtsgericht.

2597.2. Triberg. Die Josef Kall, Schneiders Ehefrau, Sophie geb. Pader, Eingetragene in Müllchen, Baderstraße 64/II, hat beantragt, den verstorbenen Schneider Josef Kall, zuletzt wohnhaft in Triberg, für tot zu erklären. Der bezeichnete Verstorlene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Mittwoch, 2. August 1922, vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. In alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verstorlenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen. Triberg, 13. Jan. 1922. Der Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts.

Begebung der XIII. Schreimerarbeiten

für den Neubau der orthopädischen Anstalt in Heidelberg

nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907. Unterlagen hierfür auf dem Baubüro in Schlierbach, woselbst auch die Angebote bis zum 1. Februar 1922, vormittags 10 Uhr, eingureicht sind und deren Eröffnung stattfindet. R. 619 Aufschlagsfrist 4 Wochen Schlierbach, 18. Jan. 1922. gez. Prof. C. a. r. Bauobersekretär.

Rubholzversteigerung

des Forstamts Graben in Bruchsal, Montag, den 30. Januar 1922, vorm. 9 Uhr, im Gasthaus zum Wolf in Bruchsal aus Domänenwald II Kammerforst Abteilungen I, 2, 18, 19, 26-29, 31, 32 und III Büchenerhard Abteilungen 1-3, 18 und 21. 21 Hainb. 4.-5. Hl., 17 Hainb., 2.-4. Hl., 213 Eichen 1.-6. Hl., 53 Eichen 2.-6. Hl., 2 Hag. 4. u. 5. Hl., 10 Weichhölzer 2.-5. Hl., 2 Nottulchen 4. Hl., 336 Forst-Abstämme 1.-3. Hl., und Forst-Stämme 3.-6. Hl. Das Holz in II zeigt Oberforstwart Genela in Neutbad, jenes in III Förster Weich in Büchener-Losauzige auf Verlangen durchs Forstamt gegen Boreinfendung von 4 RM